

verschaffen und damit auch neue Perspektiven zu eröffnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mittel für die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wurden seit 2013 im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung gerade im investiven Bereich deutlich aufgestockt. Auch der Doppelhaushalt 2017/2018 wird wieder eine Erhöhung der Mittel für die beiden kommenden Jahre vorsehen. Alles in allem werden der Stiftung rund 3,7 Millionen Euro für ihre vielfältigen Aufgaben zur Verfügung stehen - davon 1 Million Euro, um den bestehenden Sanierungsstau auch in den regionalen Gedenkstätten zu beheben. Durch die zusätzlichen Haushaltsmittel bieten sich ab dem kommenden Haushaltsjahr gute Möglichkeiten der Ausweitung und Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit sowie der Erinnerungskultur. Dies gilt insbesondere für die pädagogisch-wissenschaftliche Arbeit in den Gedenkstätten, aber auch für die Gewährung der Zuschüsse zu Schulfahrten zu niedersächsischen Gedenkstätten.

Ich würde es begrüßen, wenn - wie im vergangenen Jahr - die vier Fraktionen ihre Absichten in einen gemeinsamen Haushaltsantrag zum Doppelhaushalt 2017/2018 einmünden ließen.

Den genauen Verwendungszweck der Mittel werden wir im Stiftungsrat gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen auf der Grundlage eines Vorschlages des Geschäftsführers sicherlich in gewohnter Weise erörtern und beschließen.

Meine Damen und Herren, angesichts zunehmender rechtsradikaler Tendenzen in unserer Gesellschaft müssen wir alles dafür tun, junge Menschen zur Kritikfähigkeit zu erziehen und sie darin zu bestärken, sich für demokratische Werte wie Humanismus, Völkerverständigung und gegen jede Form der Ausgrenzung zu engagieren. Deshalb bleiben Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur ganz wichtige Bausteine in unserer Arbeit mit den jungen Menschen. Mit diesem Antrag leisten wir dazu gemeinsam einen wichtigen Beitrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der Beratung angekommen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Die gibt es nicht. - Enthaltungen? - Die gibt es auch nicht. Herzlichen Dank für diesen einstimmigen Beschluss, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 16:

Abschließende Beratung:

**Verbesserung der Schutzgebietsbetreuung vor Ort durch Ökologische Stationen** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4962 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/5975

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Wir treten in die Beratung ein.

(Unruhe)

- Ich bitte darum, die Unruhe im Saal möglichst einzustellen, Platz zu nehmen oder rauszugehen.

Jetzt hat als Erster der Abgeordnete Axel Brammer für die SPD-Fraktion das Wort. Er verdient unsere ganze Aufmerksamkeit. Bitte, Herr Kollege!

**Axel Brammer (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag verfolgt das Ziel, dass es bei der Bewältigung der Aufgaben im Naturschutz vor Ort zu einer verstärkten Vernetzung der verschiedenen Akteure kommt. Gemeint sind hier die Landnutzer, die unteren Naturschutzbehörden und die Naturschutzverbände.

Die bereits bestehenden Ökologischen Stationen beweisen beispielhaft, wie sich betroffene Gebiete entwickeln können, wenn die Akteure vor Ort breit aufgestellt sind. Das Land Niedersachsen ist verpflichtet, in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der europäischen Schutzgebietssysteme Natura 2000 zu legen. Das ist eine enorme Herausforderung. Dazu gehören der Ausbau eines vernünftigen Natur-

schutzmanagements und die Pflege wichtiger Biotope. Schlüssel zur Bewältigung dieser Aufgaben ist die Entwicklung professioneller Umsetzungsstrukturen. Dazu gehören Ökologische Stationen und Landschaftspflegeverbände, deren Arbeit auf Akzeptanz, Freiwilligkeit und Langfristigkeit ausgerichtet ist.

Ökologische Stationen sind eine Schnittstelle zwischen behördlichem und ehrenamtlichem Naturschutz. Das Land Niedersachsen ist gut beraten, die vorhandenen Möglichkeiten aktiv zu nutzen und die vorhandenen Strukturen weiter auszubauen. Die Naturschutzorganisationen mit ihren Mitgliederstrukturen spielen dabei eine wichtige Rolle. Ihnen gelingt es, einen nicht unerheblichen Anteil an ehrenamtlicher Arbeit einzubringen. Ehrenamtliche Arbeit im Naturschutz wirkt dynamisch. Der Naturschutz wird damit vor Ort auf ein breites Fundament gestellt. Im Bereich sowohl der Erwachsenen- als auch der Jugendarbeit leisten Naturschutzorganisationen einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen.

Naturschutz kann und muss behördlich verordnet werden. Wir müssen allerdings dahin kommen, dass er vor Ort auch gelebt wird. Ehrenamtliche Unterstützung im Naturschutz erleichtert die Entscheidungsprozesse bei den örtlichen unteren Naturschutzbehörden. Außerdem haben Naturschutzverbände die Möglichkeit, über Spenden und Stiftungen Drittmittel einzuwerben, um die Dynamik für den Naturschutz zu erhöhen. Das alles sind Maßnahmen und Möglichkeiten, die dem behördlichen Naturschutz nicht zur Verfügung stehen. Wir gehen davon aus, dass mit diesem Antrag die Voraussetzungen geschaffen werden, die Erhaltungsziele in den niedersächsischen Natura-2000-Gebieten zu erreichen. Damit bringen wir einen Prozess in Gang, der in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt wurde.

Der Antrag war etwas länger im Verfahren; denn wir haben ihn ausführlich mit den Oppositionsfraktionen diskutiert, um ihn mit einer möglichst breiten Mehrheit zu beschließen. Dabei haben wir mit der CDU Einvernehmen darüber erzielen können, was mit den vor Ort mit dem Naturschutz befassten Akteuren gemeint ist. Das ist dann auch in den Antrag als Änderung übernommen worden.

Wir sind uns letztendlich darüber einig, dass vor Ort kein Betroffener ausgeschlossen werden soll. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die überaus sachliche Diskussion im Ausschuss!

Allerdings ist mir bis heute schleierhaft - wir wissen es nicht genau -, warum die FDP diesen Antrag nicht mittragen will. Vielleicht wirkt da die Ära Sander noch nach. Das ist nicht schlimm. Damit können wir leben.

(Clemens Große Macke [CDU]: So viel zur Sachlichkeit!)

Wir kommen im Naturschutz auch ohne sie voran.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank, Kollege Brammer. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege André Bock das Wort.

**André Bock (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Verbesserung der Schutzgebietsbetreuung vor Ort durch Ökologische Stationen“ - dieses Thema ist nicht neu. Der Antrag führt vielleicht zu einer Verbesserung der Betreuung vor Ort; das hat Herr Brammer schon dargestellt.

Niedersachsen ist ein Flächenland. Wir haben schon Ökologische Stationen an verschiedenen Stellen, die aber bisher mehr durch Naturschutzbehörden auf der einen und Naturschutzverbände wie NABU und BUND auf der anderen Seite betreut werden. Ökologische Stationen können in der Tat eine Ergänzung des Naturschutzes vor Ort sein und die Strukturen vor Ort verbessern; denn gerade Akteure vor Ort - sei es aus dem Bereich der Landwirtschaft, der Fischerei oder der Jägerschaft - können den Naturschutz vor Ort besser einschätzen.

Es ist richtig, auf der einen Seite bestehende Kooperationen des Landes Niedersachsen fortzusetzen und auf der anderen Seite Strukturen zu verbessern. Ökologische Stationen können eine gute Ergänzung zu amtlichem und ehrenamtlichem Naturschutz sein. Sie haben sich gerade in Nordrhein-Westfalen - denn dort sind sie breit aufgestellt - über viele Jahrzehnte bewährt. Deswegen ist es richtig, das Thema anzufassen und auch anders und hoffentlich besser aufzustellen.

Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass Herr Brammer des Öfteren erwähnt hat, dass gerade die Akteure vor Ort mehr und stärker eingebunden werden müssen. Das war ein Punkt, auf

den wir als CDU-Fraktion in den Diskussionen im Ausschuss besonders hingewirkt haben. Deswegen haben wir fast ein halbes Jahr gebraucht, um die Beratungen zu diesem Antrag abzuschließen.

Uns geht es darum, dass die Akteure vor Ort, auch die Landwirtschaftsverbände, die Fischereiverbände, die Jägerschaft, die Naturschutz vor Ort leisten, eingebunden werden. Sie wissen, was vor Ort los ist, und sie müssen gefragt und eingebunden werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber nicht nur die, meine Damen und Herren, sondern natürlich müssen auch die „Landnutzer“ - so bezeichnen Sie das im Antrag so schön -, die Eigentümer vor Ort, entsprechend eingebunden werden, und zwar sowohl bei der Entwicklung des Konzeptes als auch bei der Umsetzung vor Ort.

Wir haben in der Tat - Herr Brammer hat das angeschnitten - darauf hingewirkt, dass unter Nr. 2 als Akteure vor Ort beispielhaft für die „Landnutzer“ die Landwirtschaftsverbände, die Jägerschaft und die Fischereiverbände aufgenommen werden. Insofern können wir als CDU dem Antrag heute zustimmen.

Wir wollten damit deutlich machen, dass wir keine neue bzw. weitere Spielweise für NABU, BUND und andere schaffen wollen, sondern dass es auch um die Einbindung der „Landnutzer“, der Eigentümer vor Ort geht. Das wollten wir unterstreichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich endet die Beschäftigung mit diesem Thema nicht mit einem fast einstimmigen Beschluss - in der Tat stellt sich die Frage, was die FDP an der Stelle machen wird - am heutigen Tag, sondern wir werden ganz genau hinschauen - das ist im Ausschuss schon angekündigt worden -, wie das Konzept entwickelt wird, was in dem Konzept steht und wie es vor Ort umgesetzt wird. Kommen Sie Ihren Worten nach! Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen! Binden Sie vor Ort wirklich alle ein! In den nächsten Wochen und Monaten werden wir ganz genau darauf schauen. Das Konzept sollte - so lautete, soweit ich weiß, die Auskunft im März im Ausschuss - eigentlich schon bis Juni erstellt sein. Ich bin gespannt, was uns jetzt nach der Sommerpause vorgelegt werden wird. Wir werden, wie gesagt, genau hinschauen und es begleiten. Denn das, was Sie zugesagt haben, nämlich besseren Naturschutz vor Ort, kann wirklich am Ende nur funktionieren, wenn Sie die Menschen einbinden.

Naturschutz kann nur mit den Menschen vor Ort funktionieren.

Herr Brammer hat es gerade gesagt: Vor Ort muss es gelebt werden. - Um es noch einmal zu betonen, wir verstehen das so: Wenn es vor Ort gelebt wird, dann werden auch die Eigentümer, die Landwirtschaftsverbände, die Jägerschaft und die Fischerei mit eingebunden. Handeln Sie in diesem Sinne! Dann haben Sie unsere Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bock.

Bevor ich die nächsten Wortmeldungen aufrufe, darf ich Sie informieren, dass im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 17, also noch vor der Sommerpause - - -

(Heiterkeit - Dr. Stephan Siemer  
[CDU]: Dann haben wir ja noch Zeit!)

- Freud'sche Fehlleistung, weil heute die Sonne scheint!

Natürlich noch vor der Mittagspause werden die Tagesordnungspunkte 10 und 11 aufgerufen, die eigentlich anstelle des Tagesordnungspunkts 20 hätten behandelt werden sollen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Hans-Joachim Janssen. Bitte schön, Herr Kollege!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine große Herausforderung, Schutzgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für Lebensräume mit besonderer Artenvielfalt auszuweisen. Was die Sicherung von Natura-2000-Gebieten angeht, ist Niedersachsen zwar auf einem guten Weg, hat aber durchaus noch einigen Nachholbedarf. Das hat auch die EU-Kommission mit der Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens deutlich gemacht.

Eine Frage an die Präsidenschaft: Es ist eine Minute angezeigt. Ich war von dreieinhalb Minuten ausgegangen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das ist völlig ausreichend!)

- Das kann die Opposition für ausreichend halten; ich nicht.

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Herr Kollege, die Redezeiten sind angemeldet worden. Sie hatten eineinhalb Minuten zur Verfügung, aber durch diese Unterbrechung dürfen Sie, wenn Sie jetzt fortsetzen, noch etwas über eine Minute reden. Bitte!

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Mehr bekommst du von deiner Truppe nicht! Das ist nun einmal so!)

Nutzen Sie sie!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Okay. Das wird dann etwas schwierig.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Dann musst du dich aufs Wesentliche konzentrieren! Endlich einmal!)

Ich bin sehr froh, dass wir den praktischen Naturschutz vor Ort mit diesem Antrag gemeinsam mit SPD und CDU stärken und dauerhaft absichern.

In den letzten Jahren hat Rot-Grün über politische Listen die Finanzierung der ökologischen Stationen aufgestockt. Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 wollen wir diese Mittel nun dauerhaft absichern. Damit haben die bestehenden Ökologischen Stationen eine solide Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre.

Dabei kann es längerfristig allerdings nicht bleiben. Es gibt zahlreiche Großschutzgebiete in der Gebietskulisse Natura 2000, die bislang nicht so integrativ durch Ökologische Stationen betreut werden. Ich denke z. B. an die Hamme- oder die Wümmeniederung. Diese sind Großschutzgebiete von nationaler Bedeutung. Insofern ist Nr. 2 des Antrags für uns durchaus von besonderer Bedeutung. Wir wollen langfristig eine qualifizierte Betreuung aller größeren Schutzgebiete erreichen und so der Natur, den heimischen Arten und den Lebensgemeinschaften tatsächlich den Schutz zukommen lassen, der erforderlich ist, um die naturraumtypische Vielfalt in Niedersachsen zu erhalten und zu fördern.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Geht doch!)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Na, es geht doch! - Genau der Zwischenruf kam eben.

Es tut mir leid. Ich kann nur mit den Redezeiten umgehen, die die Fraktionen angemeldet haben, und das war so.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das machen wir jetzt immer so!)

Jetzt hat für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Gero Hocker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege!

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Zwei Minuten!)

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich an der Stelle beim Herrn Präsidenten ganz herzlich dafür bedanken, dass er darauf aufmerksam gemacht hat, dass der Redezettel noch nicht abgegeben worden ist, sodass ich jetzt noch sprechen darf.

Meine Damen und Herren, wohin diese Landesregierung beim Naturschutz will, ist klar: Immer mehr Zuständigkeiten und Kompetenzen werden in Behörden und Ämter gegeben, die selbsternannten Naturschützer von NABU und BUND sollen immer mehr Funktionen wahrnehmen können, und die Angler und Jäger draußen werden weniger berücksichtigt, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Mein Vertrauen in Jäger, Angler und auch Landwirte ist deutlich größer als in all jene Behörden und Organisationen, die sich Naturschützer nennen, ohne dass auch nur ein einziges Mitglied z. B. von BUND und NABU jemals irgendeinen Nachweis über seine Sachkenntnis hat erbringen müssen.

Die größte Kompetenz in Umwelt- und in Naturschutzfragen besitzen diejenigen, die vor allem nach umfangreichen Prüfungen, wie das bei Anglern und Jägern der Fall ist, nachweisen, dass sie sich mit dem auskennen, was sie draußen als ihr Hobby ausüben. Sie investieren viel Geld und viel Sachkenntnis, viel mehr als all die Beamten, die häufig nur Mitgliedsbeiträge als Mitglieder bei NABU und BUND bezahlen.

Herr Minister, Sie wären gut beraten, wenn Sie beim Natur- und Artenschutz mehr auf die größten anerkannten Naturschutzverbände Niedersachsens setzten, auf die Landesjägerschaft und auf den Landesverband unserer Angler. Damit wäre dem Artenschutz wirklich ein Dienst erwiesen, anstatt - ich zitiere den Antrag - auf der Basis eines landesweiten, mit Kommunen, den unteren Naturschutzbehörden und Naturschutzorganisationen abgestimmten Konzept eine Vor-Ort-Gebietsbe-

treuung zu initiieren und vor Ort auch mit anderen Akteuren abzustimmen.

Bewusst oder unbewusst tritt in diesem Satz zutage, was Ihnen wirklich vorschwebt: Verwaltung plant, und Jäger, Angler und Landwirte sollen spüren. - Einem solchen Antrag können wir nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Auf Ihre Rede hat sich für eine Kurzintervention der Abgeordnete Axel Brammer, SPD-Fraktion, gemeldet. Sie haben für 90 Sekunden das Wort, Herr Kollege.

**Axel Brammer (SPD):**

Herr Dr. Hocker, das verstehe ich nicht ganz. Wir haben im Ausschuss lang und breit darüber gesprochen - es ist eben angeklungen -, dass wir ausdrücklich alle mitnehmen wollen. Die Landwirte sind auf Wunsch der CDU erwähnt, die Fischer sind erwähnt. Wir haben das ausdrücklich besprochen, und Sie suchen jetzt nach einem Grund, nicht mitzumachen.

Nachdem, was Sie gerade gesagt haben, haben wir in Abstimmung mit der CDU alle erwähnt. Schauen Sie sich den Änderungsantrag an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank. - Herr Dr. Hocker möchte erwidern, ebenfalls maximal 90 Sekunden.

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Verehrter Herr Präsident, herzlichen Dank. - Verehrter Herr Kollege, es ist eben keine gleichwertige Berücksichtigung der Naturschutzverbände wie z. B. NABU und BUND auf der einen Seite und der Angler, Jäger und auch Landwirte auf der anderen Seite. Sie nehmen vielmehr eine ganz klare Priorisierung vor. Geplant wird von Behörden und von den ihnen nahestehenden Naturschutzorganisationen, und ausführen sollen alle anderen, also Jäger, Angler und Landwirte. Das ist eine Priorisierung, die nicht die unsere ist und die wir uns auch nicht zu eigen machen wollen. Das habe ich im Ausschuss gesagt.

Und mit Verlaub: Wenn Sie Änderungsanträge mit den geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der

Union abstimmen, so ist das richtig und wichtig. Vielleicht sollten Sie künftig mehr darauf achten, dass auch die FDP mit an Bord ist.

Danke.

(Zustimmung bei der FDP)

**Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:**

Vielen Dank. - Da jetzt aus dem Plenum keine Wortmeldungen mehr vorliegen und auch von den Redezeiten her zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich sind, hat jetzt für die Landesregierung Herr Minister Stefan Wenzel das Wort. Bitte, Herr Minister!

**Stefan Wenzel**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Hocker, es ist ja nie zu spät, alte Feindbilder aufzugeben.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Wo ist denn das Feindbild?)

Es ist noch Zeit, diesem Antrag zuzustimmen. Ich würde mich freuen.

Meine Damen und Herren, als ich klein war, habe ich am liebsten im Moor oder im Wald oder im Kuhstall oder in der Scheune gespielt.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Ich auch! War schön!)

Das waren die beliebtesten Plätze, um am Nachmittag unterwegs zu sein. Man kam eigentlich nur nach Hause, um irgendwann wieder einmal etwas zu essen. Nebenbei hat man in der Natur ziemlich viel über Zusammenhänge gelernt, aber auch auf Bauernhöfen konnte man viel lernen. Das ging meist so nebenbei. Das nahm man mit auf.

Leider gibt es heute nicht mehr viele Kinder, die das so einfach machen können. Wer in der Stadt wohnt, wer den Wald und das Moor nicht vor der Haustür hat oder wer in einem Dorf wohnt, in dem es nicht mehr selbstverständlich ist, dass man im Stall spielen kann, einfach weil es in vielen Dörfern gar nicht mehr so viele Landwirte gibt und auch leider nicht mehr jeder Stall einfach offensteht, kann das nicht. Deswegen ist es für Kinder gar nicht mehr einfach, die Zusammenhänge in der Natur spielerisch zu erlernen. Wir brauchen aber für den Naturschutz auch in Zukunft eine ganz breite Akzeptanz. Schließlich geht es um unser